

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Gäste,
als gewählter Vertreter der nicht stimmberechtigten Migranten, Ausländer und Flüchtlinge der
Landeshauptstadt Dresden bedanke ich mich für die eingeräumte Redemöglichkeit.

Dresden scheint gespalten zu sein, zumindest was das Thema Weltoffenheit betrifft. Doch
Weltoffenheit kann man nicht teilen. Eine Stadt darf nicht nur Spitzenverdiener und Forscher
willkommen heißen. Das ist keine Willkommenskultur sondern ökonomisches Kalkül.

Eine Stadt wird auch daran gemessen, wie sie mit den Schwächsten der Schwächsten der
Gesellschaft umgeht. Es ist daher absolut verantwortungslos und widerlich, die Not der Flüchtlinge
zu missbrauchen und sie für politische Zwecke zu manipulieren.

Ich möchte heute als Vertreter der anderen Seite sprechen, um die Menschen um die es hier
eigentlich geht. Die Ängste der Bürger und ihr Hab und Gut muss man ernst nehmen. Nun bitte ich
Sie auch die Ängste der anderen Seite zu betrachten. Stellen Sie sich mal bitte die Angst einer
Mutter um ihre Kinder vor, die frisch geflüchtet aus einem Krisenland als erstes von den 10.000
Demonstranten auf unseren Straßen hört, die sie hier nicht haben möchten.

Eins ist sicher: Dresden kann sich nicht aus der Affäre ziehen, kann keine Schengen-Grenzen um
die Landeshauptstadt ziehen, nicht aus der EU austreten. Diese Menschen werden kommen.

Menschenwürdige Unterbringung ist nicht verhandelbar. Wir brauchen aber auch eine gut
funktionierende Sozialbetreuung. Nur als Hinweis, Leipzig hat einen Betreuungsschlüssel von 1 : 50.
Und glauben Sie mir, hier kann man sich viel Ärger ersparen, wenn man hier nicht spart. Gerade
während der ersten Schritte der Integration ist eine gute, ausreichende Betreuung wegweisend!

Ja, wir sollen eine ehrliche Diskussion führen. Ja, es gibt auch unter den Geflüchteten schwarze
Schafe. Wir müssen einen konstruktiven, emotionslosen Weg finden, wie wir mit Einzelfällen
umgehen, die unsere Gastfreundschaft verspielt haben. Wir dürfen hier nicht länger tabuisieren bzw.
die Meinungsführerschaft rechtsextremen Gruppierungen überlassen.

Wiederum alle Geflüchtete unter Generalverdacht zu stellen ist falsch! Jeder Mensch soll eine faire
Chance erhalten, der zu uns kommt. Dafür plädiere ich um Ihre aktive Unterstützung als
Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt. Ich bitte um eine sachliche Diskussion und bitte mit
Nachdruck darum, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Ausländerbeirates mit in die
Diskussion aktiv einzubeziehen!

Was wir brauchen ist eine Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien, ohne Wahlkampfgetöse
und politisches Säbelrasseln, um diesen Menschen die Hand zu reichen und Solidarität zu zeigen.

Vielen Dank!